

Der *rote* Faden

Zeitung des SPD Ortsvereins Telgte/Westbevern

Guten Tag liebe Leser*innen,

am 23. Februar ist es wieder soweit – die Bundestagswahl steht an. Dies ist ein wichtiger Moment für die Zukunft unseres Landes.

In dieser Ausgabe des „Roten Fadens“ präsentieren wir Ihnen in einer Gegenüberstellung überzeugende Gründe, warum die SPD die richtige Wahl ist.

Zusätzlich zu unseren politischen Positionen stellen wir Ihnen Dennis Kocker vor, unseren Bundestagskandidaten für den Kreis Warendorf. Auch werden wir eine Bilanz der Ampelkoalition ziehen und dabei darüber berichten, welche Fortschritte wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen zusammen mit unseren Koalitionspartnern erzielen konnten – und darüber, was noch hätte umgesetzt werden können.



Auch hier in Telgte engagieren wir uns weiterhin leidenschaftlich für mehr soziale Gerechtigkeit, bezahlbaren Wohnraum und eine bessere Bildung.

Fortsetzung auf Seite 2

Dennis Kocker

Unser Kandidat für Berlin

Dennis Kocker ist unser neuer Direktkandidat für den Kreis Warendorf bei der Bundestagswahl im Februar. Er löst damit Bernhard Daldrup ab, der 12 Jahre lang unseren Kreis im Bundestag vertreten hat. Aber wer ist Dennis Kocker eigentlich und wofür steht er?

Dennis Kocker wurde 1979 in Ahlen geboren und lebt heute in Oelde. Er trat 1997 in die SPD ein und engagiert sich bereits seit über 20 Jahren in der Lokalpolitik. Seit 2021 ist er Vorsitzender des SPD Kreisverbands Warendorf. Und nun soll es nach Berlin gehen.



Als zentrale Ziele für seine Zeit in Berlin hat Dennis Kocker den Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Bildungschancen ins Auge gefasst.

Er setzt sich für einen starken Sozialstaat ein, damit alle Menschen Zugang zu Bildung und Gesundheit haben - und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Einkommen. Denn auf diese Weise kann Armut langfristig bekämpft und Chancengleichheit gefördert werden.

Für dieses Ziel ist es auch wichtig, für gerechte Löhne und eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen zu sorgen. Eine gerechte Besteuerung muss dabei so gestaltet werden, dass auch die Menschen mit

einem niedrigen oder mittleren Einkommen ein gutes Leben führen können. Dennis Kocker ist es dabei wichtig, dass diejenigen unterstützt werden, die Hilfe benötigen:

„Unser Ziel muss es immer bleiben, dass am Ende niemand allein gelassen wird oder durch das System fällt.“

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

Die AMPEL - eine Bilanz
Seite 3

Olaf Scholz
Seite 4

Gegenüberstellung SPD - CDU
Seite 6

Fortsetzung von Seite 1

Guten Tag liebe Leser*innen

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jede*r eine echte Chance hat. Unsere Stadt hat viel Potenzial, und wir haben konkrete Ideen, wie wir sie noch lebenswerter machen können. Es gibt viel zu tun, aber wir sind zuversichtlich.

Bleiben Sie informiert, tauschen Sie sich mit uns aus - sei es über unsere Website, Facebook, Instagram oder ganz persönlich, zum Beispiel an unserem Wahlstand. In Zeiten großer Herausforderungen kommt es auf jede einzelne Stimme an. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gerechte und solidarische Zukunft kämpfen!

Lena Dhaliwal für den Vorstand der SPD Telgte/Westbevern

**23. Februar
WÄHLEN
GEHEN!**



Fortsetzung von Seite 1

Dennis Kocker – Unser Kandidat für Berlin

Dafür werden diejenigen stärker besteuert werden müssen, die aufgrund eines hohen Einkommens oder Vermögens einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaats leisten können. Gleichzeitig macht Dennis Kocker aber auch klar, dass diejenigen, die den Sozialstaat bewusst ausnutzen, mit Konsequenzen rechnen müssen.

Ein weiteres Ziel für Dennis Kocker ist eine Rentenreform - angesichts der immer älter werdenden Gesellschaft dringend notwendig! Dabei spricht er sich klar gegen eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters aus:



„Friedrich Merz und seine CDU wollen die Rente mit 70 – oder sogar noch später. Hart arbeitende Menschen, etwa in der Pflege oder im Handwerk, können nicht bis 70 arbeiten. Ein höheres Renteneintrittsalter ist für sie eine Rentenkürzung mit Ansage – und das ist mit uns und mit mir nicht zu machen!“

Stattdessen setzt sich Kocker für ein solidarisches System ein, in das alle Berufsgruppen gleichwertig einzahlen – egal ob angestellt, selbstständig oder in Teilzeit. So könnte eine gerechte und angemessene Versorgung im Alter sichergestellt werden.

Auch im Hinblick auf die Migration vertritt Dennis Kocker eine klare Position. Wer vor Krieg und Gewalt, vor Hunger oder Verfolgung flieht, hat ein Recht auf Asyl und einen Platz in unserer Gesellschaft.

„Rechte Bewegungen neigen dazu, Ängste zu schüren und einfache Lösungen für komplexe Probleme anzubieten. Wir stehen dagegen für Vielfalt, Solidarität und ein Miteinander, das auf Respekt und Toleranz basiert!“

Wenn sich Geflüchtete allerdings nicht an die deutschen Gesetze halten, müssen Konsequenzen folgen.

Dennis Kocker ist hochmotiviert mit der SPD in einer neuen Regierung das Land zu gestalten und gibt sich kämpferisch:

„In schwierigen Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, Flagge zu zeigen und deutlich zu machen, wofür wir stehen. Auch ich bin mit Sicherheit nicht mit allem einverstanden, was in der Bundesregierung entschieden oder wie durch unseren Bundeskanzler Olaf Scholz kommuniziert wurde. Aber keine Regierung der letzten Jahre stand durch Corona, Krieg oder Inflation vor derart schwierigen Herausforderungen wie die jetzige durch uns geführte Regierung. Wir sind noch lange nicht fertig unser Land fortschrittlich zu entwickeln.“

Pia Pellmann



SPD

**Soziale
Politik für
Dich.**



Unser Bundeskanzler:

Olaf Scholz

Wenn am 23. Februar gewählt wird, geht es auch darum, wer die kommende Bundesregierung in den nächsten vier Jahren anführen wird. Die SPD tritt mit unserem aktuellen Bundeskanzler Olaf Scholz an. In diesem Beitrag soll es darum gehen, warum wir davon überzeugt sind, dass er unter allen Kandidierenden am besten dazu geeignet ist, auch die nächste Bundesregierung anzuführen.

Olaf Scholz ist bereits mit 17 Jahren in die SPD eingetreten. Dies tat er aus der Überzeugung, dass die SPD die Partei ist, die wie keine andere für Gerechtigkeit einsteht. Für ihn ist klar:

„Für mich ist die SPD die einzige Partei, die von jeher dafür steht, dass es um jede und jeden in der Gesellschaft geht.“

Mit seinem starken Engagement nahm er schon früh wichtige Tätigkeiten in der Partei wahr und wurde zum Beispiel stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos. Aber auch in seiner beruflichen Tätigkeit blieb die Gerechtigkeit stets sein Leitmotiv. Als Anwalt für Arbeitsrecht hat er viele Angestellte in Kündigungsschutzklagen vertreten.

1998 wurde er zum ersten Mal Abgeordneter im Bundestag. Seitdem setzt er seine Arbeit für eine gerechte Gesellschaft in verschiedenen Ämtern fort. So setzte er in seiner Zeit als Bundesminister für Arbeit und Soziales zwischen 2007 und 2009 Branchenmindestlöhne durch.

Als Finanzminister verhandelte er eine globale Mindeststeuer, welche dabei hilft, die Steuervermeidung großer international agierende Konzerne zu unterbinden.

Und während seiner Kanzlerschaft hat er das Land durch zahlreiche Krisen geführt (mehr dazu im Artikel „Die Ampel – eine Bilanz“).

Als Bundeskanzler in der nächsten Regierung will Olaf Scholz ein Zukunftsprogramm auflegen, mit welchem wir die nötigen Investitionen tätigen, um unser Land zu modernisieren und gut für die Zukunft aufzustellen. Gleichzeitig will er eine gerechtere Besteuerung umsetzen. International wird er weiter für ein souveränes und solidarisches Europa eintreten.

Während andere Kandidierende bewusst versuchen zu polarisieren

und dafür suggerieren, dass es nur entweder eine starke Wirtschaft oder einen starken Sozialstaat, eine sichere oder eine offene Gesellschaft geben kann, macht Olaf Scholz klar:

„Deutschland braucht Sicherheit und Modernisierung und sozialen Zusammenhalt. Wir sagen: Das geht zusammen. Nur dann kommt unser Land gut durch diese schwierigen Zeiten.“

Olaf Scholz ist der richtige Kanzler für eben diese schwierigen Zeiten. Er hat reichlich Regierungserfahrung und behält stets einen kühlen Kopf. Statt zu polarisieren, will er den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Statt die Reichsten in diesem Land noch reicher zu machen, setzt er sich für eine gerechtere Gesellschaft ein.

Alexander Holthaus

Weitere Infos zu unserem Kanzlerkandidaten finden Sie unter:
<https://olaf-scholz.spd.de/start>

SPD Soziale Politik für Dich.

Die AMPel - eine Bilanz

Die Ampel ist Geschichte. Was als optimistisches Zukunftsprojekt gestartet war, endete am 6. November mit dem Rausschmiss von Christian Lindner und seiner FDP aus der Regierung. Dem vorausgegangen waren Monate des öffentlichen Streits, in welchem die FDP mit immer neuen Maximalforderungen auf Kosten der sozial Schwächsten und des Kampfes gegen den Klimawandel auf Konfrontationskurs gegen SPD und Grüne ging. Damit machte die FDP mehr als deutlich, dass es ihr längst nur noch um die Selbstdarstellung der eigenen Klientel gegenüber ging. Später stellte sich dann heraus, dass diesem Verhalten ein detailliert ausgearbeiteter Plan zugrunde lag - das sogenannte „D-Day-Papier“ - mit welchem die Liberalen gezielt auf den Bruch der Koalition hinarbeiten und gleichzeitig jegliche Verantwortung für diesen von sich weisen wollten.

Dem Scheitern der Ampel-Koalition waren schwierige Jahre in der gemeinsamen Regierung vorausgegangen. Dies lag zum einen natürlich an den deutlichen ideologischen Unterschieden zwischen den drei Parteien.

Diese bestanden insbesondere in Wirtschafts- und Finanzfragen, wo die FDP vor allem für die Kürzung von



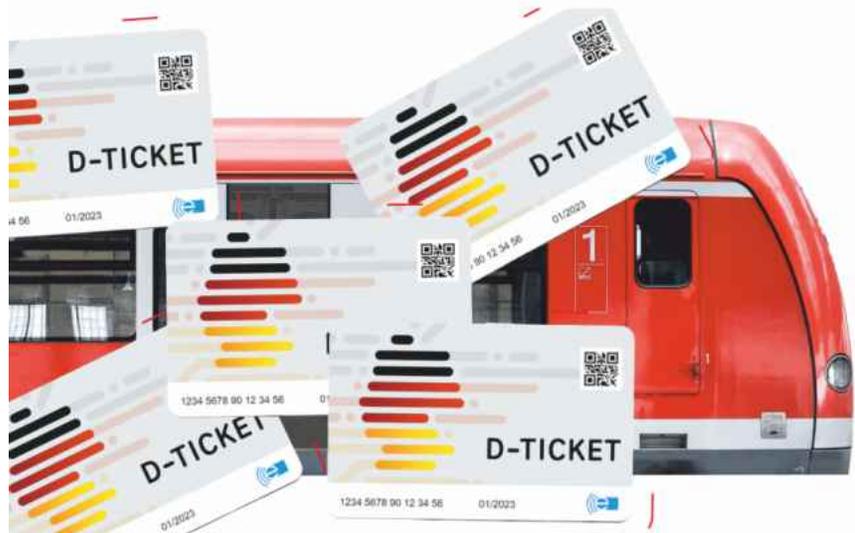
Sozialleistungen und Entlastungen der Reichsten steht, während die SPD für Investitionen in unsere Zukunft und einen starken Sozialstaat eintritt, in dem die Vermögendsten ihren angemessenen Beitrag leisten.

Zum anderen aber lag das auch an den äußeren Umständen.

Denn die zahlreichen Krisen, die es weltweit in den letzten Jahren gab, haben sich auch hierzulande ausge-

wirkt. Dies gilt insbesondere für den brutalen Angriffskrieg, den Putin seit nun fast drei Jahren gegen die Ukraine führt.

Infolgedessen musste unsere Energiewirtschaft in kürzester Zeit von russischen Lieferungen unabhängig werden. Über eine Millionen Geflüchtete mussten versorgt und



Hilfe für das angegriffene Land organisiert werden. All das ist tatsächlich auch gelungen.

Die Heizungen im Land sind nicht ausgefallen, weil kein russisches Gas mehr angekommen ist. Die Wirtschaft wurde vor einem Zusammenbrechen bewahrt. Wir sind nach den USA das zweitwichtigste Unterstützerland der Ukraine.

Die Herausforderungen gerade für die Kommunen bleiben hoch, aber es wurden bereits große Fortschritte bei der Integration erzielt und auch der Übergang in den deutschen Arbeitsmarkt gelingt immer besser.

Aber auch jenseits des Krisenmanagements konnte die Ampel-Regierung viele wichtige Vorhaben umsetzen.

Wir haben den Mindestlohn zum Oktober 2022 auf 12 Euro erhöht, wovon viele Beschäftigte profitiert haben. Das Kindergeld und das Wohngeld wurden ebenfalls erhöht, was Millionen von Menschen zugutekam.

Und mit der Einführung des Bürgergeldes haben wir die Abkehr von Hartz-4 geschafft.

Darüber hinaus sind wir bei der Energiewende deutlich vorangekommen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien konnte erheblich beschleunigt werden. Im ersten Halbjahr dieses Jahres lag ihr Anteil an der Stromerzeugung bei 61.5%. Zum

Vergleich: Im ersten Halbjahr 2021 lag der Anteil noch bei 43.8%.

Auch die klimafreundliche Nutzung des öffentlichen Regionalverkehrs wurde durch die Einführung des Deutschlandtickets für viele Menschen einfacher und günstiger.

Mit unserer Wahlrechtsreform haben wir erreicht, dass dem neuen Bundestag nur die tatsächlich vorgesehene Anzahl von 630 Abgeordneten angehören wird und er nicht mehr durch Überhang- und Ausgleichsmandate aufgebläht wird. In der aktuellen Legislaturperiode sind es noch 736 Abgeordnete.

Unsere Wirtschaft ist dringend auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Deren Einreise in die Bundesrepublik





wurde erleichtert. Darüber hinaus wurde das Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert, sodass nun die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich möglich ist und gut integrierte Mitbürger aus dem Ausland schneller die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können.

Und trotz des Bruchs der Koalition konnte Ende November letzten Jahres die Krankenhausreform beschlossen werden, was die Qualität und Finanzierung der Krankenhäuser nachhaltig verbessern wird.

Andere wichtige Vorhaben werden nun jedoch leider aller Voraussicht nach nicht mehr bis zur Wahl am 23. Februar umgesetzt werden können. Das betrifft zum Beispiel das Tariftreuegesetz, welches unter anderem vorsieht, dass der Bund öffentliche Aufträge ab einer bestimmten Höhe nur noch an Firmen mit Tarifbindung vergibt und sich so Lohndumping entgegenstellt. Ebenso betroffen sind die Einführung der Kindergrundsicherung und das Rentenpaket II, mit welchem sichergestellt werden sollte, dass das Rentenniveau nicht unter eine Höhe von 48% fällt.

Ob eine Neuregelung zum Abtreibungsgesetz (§218 StGB) noch beschlossen werden kann, welche SPD und Grüne zusammen eingebracht haben, um Abtreibungen innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft zu entkriminalisieren, ist ebenfalls mehr als fraglich, obwohl viele Abgeordnete hinter dem Vorhaben stehen. Dass Friedrich

Merz den Antrag als „eine Art Affront gegen die Mehrheit der Bevölkerung“ bezeichnet hat, lässt jedoch für die Umsetzung nichts Gutes erahnen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Leider ist es am Ende nicht mehr gelungen, auf Basis der weiterhin vorhandenen gemeinsamen Ziele innerhalb der Ampel-Regierung bis zum regulären Ende der Legislaturperiode zusammenzuarbeiten.

Gerade Christian Lindner und seiner FDP war es am Ende offensichtlich wichtiger, sich durch maximal destruktives Verhalten bei der eigenen Klientel gut dazustellen, statt weiterhin gemeinsam an den Problemen des Landes zu arbeiten.

Regelmäßig öffentlich ausgetragener Streit überschattete so die gemeinsamen Erfolge, welche die Regierung erzielen konnte. Und die sind durchaus beachtlich, insbesondere wenn man bedenkt, wie sehr die letzten Jahre durch verschiedene schwere Krisen geprägt waren.

Andere wichtige Vorhaben können nun aber durch das vorzeitige Ende der Regierung vorerst nicht mehr umgesetzt werden. Um diese und die vielen weiteren Herausforderungen, vor denen unser Land steht, nach der Wahl angehen zu können, braucht es eine starke SPD.

Alexander Holthaus

Aus dem SPD Wahlprogramm



Leistung, die sich auch lohnt

Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Das war eine sofortige Gehaltserhöhung für Millionen von Menschen und hat den Niedriglohnsektor verkleinert. 2026 muss der Mindestlohn auf 15 Euro steigen. Davon profitieren über 7 Millionen Beschäftigte.



Entlastung für Eltern und Familien

Schulen und Kitas müssen gut und verlässlich sein. Deshalb werden wir hier deutlich mehr investieren. Das Mittagessen in Kita und Schule soll für alle Kinder kostenlos werden.

Das Erfolgsmodell Elterngeld machen wir noch besser und erhöhen die maximale Bezugsdauer auf 18 Monate, wenn beide Eltern mindestens 6 Monate Elternzeit nehmen.



Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Telgte/Westbevern

Redaktionelle Verantwortung:

Klaus Resnischek

Chefredakteur*innen:

Alexander Holthaus
Pia Pellmann

Gestaltung:

Paul Pellmann

Autor*innen:

Alexander Holthaus
Lena Dhaliwal
Pia Pellmann

MEHR FÜR DICH. BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

GEGENÜBERSTELLUNG

	DAFÜR STEHT DIE SPD	DAFÜR STEHT DIE MERZ-CDU
Wirtschaft	10% Made-in-Germany Bonus gezielt für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland.	Milliardenschwere Steuergeschenke mit der Gießkanne.
Investitionen	Ein Deutschlandfonds , mit dem wir unser Land renovieren, und eine Reform der Schuldenbremse .	400-Milliarden-Loch ohne Gegenfinanzierung. Das heißt weniger für Bildung, Zukunft, Bundeswehr.
Rente	Eine stabile Rente für alle Generationen, mit Rentenniveau dauerhaft bei 48 % und Rente nach 45 Jahren.	Kein Konzept für 48 % Rentenniveau und Wackeln bei der Rente nach 45 Jahren.
Mindestlohn	15 € Mindestlohn ab 2026 für 7 Millionen Arbeitnehmer*innen.	Keine Anhebung des Mindestlohns.
Steuern	Entlastungen für die 95 % , für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.	Steuersenkung vor allem für das obere 1 % , für Spitzenverdiener.
MwSt.	Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel .	Mehrwertsteuersenkungen nur auf Restaurantbesuche .
Gesundheit / Pflege	Ein Deckel für Pflegekosten bei 1.000 € , der Überforderung verhindert.	Mehr „ Markt “ und „ Eigenverantwortung “ bei Gesundheit und Pflege.
Finanzierung	Faire Besteuerung von Erbschaften, Milliardenvermögen, Kapitaleinkünften .	Kürzungen bei den Arbeitslosen.
Mieten	Unbefristete Verlängerung der Mietpreisbremse .	Keine eindeutige Haltung zur Zukunft der Mietpreisbremse.
Familien	Moderne und sanierte Kitas und Schulen mit kostenlosem Mittagessen .	Keine Priorität für Kitas und Schulen im Programm.
Kanzler	Ein Bundeskanzler, der auch in internationalen Krisen einen kühlen Kopf bewahrt.	Ein Hitzkopf ohne Regierungserfahrung, der mit der Sicherheit Deutschlands spielt.



Aus dem SPD Wahlprogramm



Wir kämpfen dafür, dass die Wirtschaft wieder wächst und die Menschen sichere Arbeitsplätze haben.

Der entscheidende Schlüssel für neues Wirtschaftswachstum sind Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz in den vergangenen Jahren endlich die Modernisierung des Landes angeschoben hat, gibt es weiter großen Nachholbedarf, der über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Deswegen muss der Weg der Modernisierung mutig weitergegangen werden und darf nicht durch Friedrich Merz gestoppt werden.

„Made in Germany“ wird dann wieder stark, wenn die Wirtschaft für Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen funktioniert. Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der falsche Weg.

Aus dem SPD Wahlprogramm



Wir kämpfen dafür, dass Beschäftigte und Familien entlastet werden.

Die hohe Inflation durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat viele Menschen stark belastet. Mit riesigen Kraftanstrengungen, Einsparungen, Energiepreismessungen und Inflationsprämien ist es gelungen, die hohen Preise endlich zu dämpfen.

Damit Beschäftigte und ihre Familien in Zukunft wieder mehr Sicherheit haben und sich vor allem wieder mehr leisten können, schlagen wir konkrete und wirksame Entlastungen und Verbesserungen vor. Die große Mehrheit aller Einkommenssteuerpflichtigen soll entlastet werden. Eine Durchschnittsverdiener-Familie mit zwei Kindern hätte nach den SPD-Plänen spürbar mehr Geld pro Monat in der Tasche. Das macht das Leben für viele Menschen in Deutschland einfacher und besser.

Aus dem SPD Wahlprogramm



Wir kämpfen für eine sichere Rente für alle Generationen.

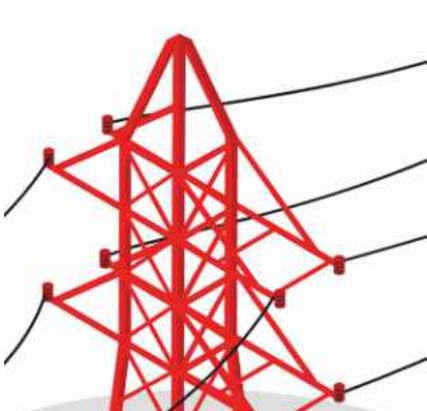
Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient ein anständiges Leben im Ruhestand. Es ist respektlos, „Leistung muss sich lohnen“ zu plakativieren und dann an der gesetzlichen Rente herumzustrichen und zuzuschauen, wie das Rentenniveau in den kommenden Jahren für die folgende Generation abstürzt. Wir haben in den letzten Jahren die Grundrente eingeführt und die Renten in Ost und West endlich angeglichen.

Damit die Rente auch für die nachfolgenden Generationen sicher bleibt, müssen wir sie jetzt stabilisieren. Der Gesetzentwurf ist fertig und kann innerhalb von 100 Tagen verabschiedet werden. Die Rente mit 70 oder andere Vorschläge zur Erhöhung des Renteneintrittsalters sind ein Irrweg, der für viele Menschen nicht zu schaffen ist.



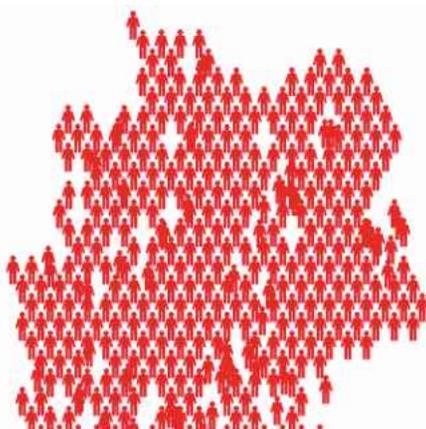
Beste Rahmenbedingungen für Unternehmen

Ein neuer Deutschlandfonds mobilisiert staatliches und privates Kapital, und investiert dieses gezielt in wichtige Zukunftsfelder, Strom- und Wärmenetze, Wohnungsbau oder E-Ladesäulen. Außerdem können Unternehmen mit Finanzmitteln für wichtige Zukunftsinvestitionen ausgestattet werden.



Einkommensteuer senken

Wir wollen für 95 Prozent der Steuerpflichtigen die Einkommenssteuer senken, damit mehr Netto vom Brutto bleibt. Es ist gerecht, wenn die 1 Prozent mit den höchsten Einkommen an der Finanzierung der Entlastung der großen Mehrheit beteiligt werden. Eine sozialdemokratische Einkommenssteuerreform hat den Anspruch untere und mittlere Einkommen spürbar zu entlasten.



Stabiles Rentenniveau: mit uns garantiert

Wir stabilisieren das Rentenniveau langfristig bei 48 Prozent. Damit werden die Renten nicht von der Entwicklung der Löhne abgehängt und nicht von der Inflation aufgefressen. Das ist gerade für kommende Generationen wichtig und gerecht.

Denn eine Rentenkürzung im Verhältnis zur Lohnentwicklung trifft alle – auch jene, die erst in 30 oder 40 Jahren in Rente gehen.

Das Rentenniveau sichert sich nicht von selbst. Wir sagen konkret, was wir tun. Wer das nicht tut – wie die Merz-CDU – sagt den Menschen in der Rentenpolitik nicht die Wahrheit.

Wer 45 Jahre hart gearbeitet hat, muss weiter zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen können.

Das ist gerecht.

Aus dem SPD Wahlprogramm**Ein starkes Land braucht ein starkes finanzielles Fundament**

Anders als andere Parteien spielen wir mit offenen Karten. Deshalb sagen wir, wie Entlastungen für Familien und Beschäftigte und mehr Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur finanziert werden können.

Klar ist für uns: Investitionen in Wirtschaft, Bildung, Bahn und Bundeswehr auf Kosten von Rentnerinnen und Rentnern, Geringverdienerinnen und Geringverdienern oder Arbeitslosen zu finanzieren, wie es andere vorschlagen, wird rechnerisch niemals aufgehen und ist auch nicht gerecht. Wir machen deshalb transparent, was wir ändern wollen:

Klar ist: Es ist wichtig, dass Deutschlands Wirtschaft wieder wächst. Neues Wachstum sorgt auch für steigende Einnahmen, die wir gezielt in die Zukunft investieren wollen. Mehr Kaufkraft für die Bürgerinnen und Bürger kurbelt dabei auch den Konsum spürbar an.

Eine sinnvolle Reform der Schuldenregeln ermöglicht uns, solide Haushalte vorzulegen und in unsere Sicherheit zu investieren. Die Reform ist dringend notwendig. Nur so wird

es gelingen, neues Wachstum, massive Investitionen in eine bessere Infrastruktur und eine starke Bundeswehr zu finanzieren. Wer etwas Anderes sagt, macht den Leuten etwas vor.

Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen die nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor, um die finanzielle Ausstattung auf allen Ebenen auf ein besseres Fundament zu stellen. Das Altschuldenproblem vieler Kommunen wollen wir lösen. Fehlender Spielraum in den Kommunen bedeutet marode Schulen, nicht sanierte Schwimmbäder und ausfallende Busse.

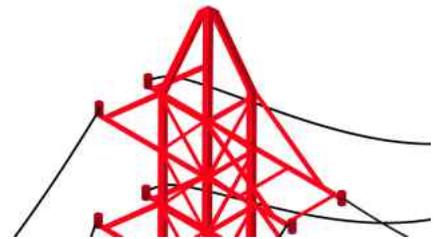
**Rückenwind im weltweiten Wettbewerb**

Mit dem „Made in Germany“-Bonus wollen wir Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in der Breite ankurbeln. Die unkomplizierte Steuerprämie reizt Investitionen effektiv, schnell und unbürokratisch am Standort Deutschland an. Bei pauschalen Steuersenkungen ist hingegen nicht klar, ob die Entlastung für Investitionen in Deutschland verwendet oder an Aktionäre ausgeschüttet wird.

» Wir wollen die Schuldenbremse grundlegend reformieren, um mehr Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

» Bürokratie muss weiter abgebaut werden, damit sich Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf das Wesentliche konzentrieren können.

» Stromkosten werden im Zaum gehalten durch Zuschuss für den Netzausbau und noch mehr Erneuerbare Energien.



<https://mehr.spd.de/programm/>

SPD Soziale Politik für Dich.

